
BILANZ 2014–19 STADTRAT



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)

Inhalt

Unsere Fraktion	4	Erholungsräume erhalten	28
Ehemalige Stadträt*innen	10	Wohnorte entwickeln	29
Geschäftsstelle	10	Denkmäler schützen	29
Sachkundige Einwohner*innen	11	Kunst und Kultur	30
Schulische Bildungseinrichtungen	12	Künstlerhaus 188 – erhalten und sichern ..	31
Eine Aula für die Zweite IGS	12	Kunst im öffentlichen Raum	31
Holzplatz wird Schulstandort	12	Finanzbudget für die freie Kulturarbeit ..	32
Schulhöfe gestalten	13	Soziale Stadt und Gesundheit	33
Digitalisierung in der Schule	13	Kinderarmut – Was kann Halle tun?	33
Neue Grundschulen	13	Der Halle-Pass	33
Übergroße Schulen haben keine Vorteile ..	14	Städtisches Tierheim gestärkt	34
Modell Schulbaukonferenz	14	Pflege als kommunales Thema	34
Schulsekretariate sind wichtig	14	Wochenbettbetreuung durch Hebammen ..	35
Schulgartenprojekte und Umweltbildung ..	15	Drogen- und Suchtberatung	35
Kinderfreundliche Schulanfangszeiten an Grundschulen	15	Mehr öffentliche Toiletten	35
Umwelt- und Klimaschutz	16	Gleichstellung, Weltoffenheit, Vielfalt ..	36
Kommunaler Klimaschutz	16	Städtepartnerschaften	36
Elektromobilität – mehr als Ladesäulen ..	16	Soziokulturelle Projekte	36
Bepflanzte Fassaden	17	Geschlechtergerechtigkeit	36
Zuschüsse für Projekte und Aktivitäten ..	17	Kinder, Jugendliche und Familien	37
Werde Baumpate!	17	Kinderrechte stärken	37
Ersatzpflanzungen	18	Jugendparlament, Jugendbeirat	37
Hochwasserprävention ohne Abholzen ..	18	Schulsozialarbeit	38
Pfandsystem gegen Müllberge	19	Kindertageseinrichtungen – Bedarfe und Kostenbeiträge	38
Stadt ohne Pestizide	19	Neustart der HFC-Fanprojektarbeit	39
Blühflächen auf städtischen Flächen	19	Schulweg und Elterntaxi	39
Mobilität und Verkehr	20	Sportförderung	40
Fuß- und Radverkehr	20	Sportstättenentwicklungsplanung	40
Öffentlicher Personennahverkehr	22	Laufstrecken bekanntmachen!	40
Flächenverbrauch des ruhenden Verkehrs ..	23	Alle Hallenbäder im Sommer dicht	40
BürgerInnenbeteiligung	24	Ungenutzten Basketballplatz reaktivieren	41
Grundstücksverkäufe	24	Bolzplätze am Sandanger	41
Stadtratssitzungen im Livestream	24	Haushalts- und Wirtschaftspolitik	42
Transparenz bei Sponsoring	25	Einzelhandel	42
Städtische Großprojekte	25	Gewerbegebiete	43
Beteiligung bei Planungsprozessen	25	Wirtschaftsförderungskonzept	43
Papierlose Ratsarbeit	25	Tourismus	43
Stadtentwicklung	26	Breitbandversorgung	43
Zukunft des Riebeckplatzes	26	Fairtrade-Town	43
Gebiet Steg	26		
Fördermittelvergabe im Städtebau	27		
Neuer Verwaltungsstandort in Halle- Neustadt nicht die beste Lösung	27		



Liebe Leserin, lieber Leser,

bei der Kommunalwahl 2014 konnten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihr Wahlergebnis im Vergleich zu 2009 verbessern und zogen mit sechs Stadträt*innen in den 56-köpfigen haleschen Stadtrat ein. Eine Koalition gibt es in unserem Kommunalparlament in Halle nicht. Unsere Aufgabe in der gesamten Wahlperiode war es also, für grüne kommunalpolitische Ideen Mehrheiten im Stadtrat zu finden und auch die Stadtverwaltung davon zu überzeugen. Das ist uns bei verschiedenen Themen gelungen – für andere Vorschläge gab es leider keine Mehrheiten. Bedauerlicherweise wurden einige von uns erwirkte Beschlüsse nur unzureichend umgesetzt. Einige unserer Ideen konnten wir nicht weiterverfolgen oder nur für unsere Position werben, weil der Oberbürgermeister auf seine alleinige Zuständigkeit beim Thema beharrte oder – wie z. B. bei straßenverkehrlichen Maßnahmen – eine städtische Behörde allein Entscheidungen trifft.

Die vorliegende Broschüre bietet Ihnen einen kleinen thematischen Überblick über unsere Arbeit im Stadtrat seit 2014. In den einzelnen Kapiteln finden Sie Verweise auf Anträge, Anfragen und Anregungen. Im öffentlich zugänglichen Ratsinformationssystem der Stadt Halle (Saale) können Sie diese, unter der in der Broschüre angegebenen Nummer, im Detail nachlesen und in den veröffentlichten Protokollen der Sitzungen auch Diskussionen und Abstimmungsergebnisse nachverfolgen (in der Online-Version reicht ein Klick auf den eingebauten Link).

Für Nachfragen, Anregungen und Vorschläge können Sie sich gern über unsere Fraktionsgeschäftsstelle im Stadthaus an uns wenden!



Dr. Inés Brock

Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin,
Erziehungswissenschaftlerin
Fraktionsvorsitzende (seit 2014)

Als Psychotherapeutin, Expertin für Familienzusammenhänge und vierfache Mutter sind mir gute Bedingungen für Familien, Kinder und junge Menschen in der Stadt und deren Wohlbefinden wichtig. Dabei gilt es aber eben nicht nur in familienpolitischen Kategorien zu denken, sondern die Entwicklung der Kultur, des bereichernden Lebens in der Stadtgesellschaft, insbesondere auch den Klimaschutz und die Abfederung von dessen lokalen Folgen in den Blick zu nehmen.

Ich bin seit 2009 im Stadtrat. Meine Themen sind das Leben im Grünen und am Fluss, die Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut und die Stärkung von Familien in allen Milieus. Ich setze mich ein für eine transparente und zukunftsorientierte Finanz- und Haushaltspolitik, echte Partizipation und Gleichstellungspolitik, was für mich auch gezielte Förderung von Frauen bedeutet.

Konkret habe ich mich zum Beispiel für die Anpassung der Schulanfangszeiten und die Einrichtung von Baumpatenschaften eingesetzt.

In allen Gremien, in denen ich aktiv bin, fordere ich bei der Führungskräfteentwicklung und bei Stellenausschreibungen die Berücksichtigung von Frauen ein, weil die Bedürfnisse und Biographien von Frauen immer

noch besondere Berücksichtigung benötigen. Leider scheitern wir bei vielen, zunächst im Stadtrat erfolgreichen Initiativen, immer wieder an der mangelhaften und vom Widerstand des Oberbürgermeisters sowie der Stadtverwaltung geprägten Umsetzung dieser Beschlüsse. Z. B. hat der Stadtrat auf unseren Antrag hin beschlossen, drei Stellen zur Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut einzurichten. Dieser Beschluss wurde bis heute nicht umgesetzt.

Aktuelle Mitgliedschaft in Ausschüssen und anderen Gremien:

- Hauptausschuss
- Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
- Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten
- Aufsichtsrat der Theater, Oper und Orchester GmbH
- Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH
- Verwaltungsrat BeteiligungsManagementAnstalt Halle AöR
- Beirat der Stadtmarketing Halle GmbH (Vorsitzende)



Christian Feigl

Selbständig, Vertrieb historischer Baustoffe
stellvertretender Fraktionsvorsitzender (seit 2014)

Ich bin seit 2012 Stadtrat. Schwerpunkt meiner Arbeit ist die ganzheitliche Stadtentwicklung: geordnet und mit Qualität, hin zu einer grünen und lebenswerten Stadt. Negative Folgen, wie zum Beispiel steigende Verkehrsbelastung und Flächenversiegelung, sollten dabei weitgehend vermieden oder ausgeglichen werden. Darüber hinaus setze ich mich für eine offene, kulturvolle und vielfältige Stadt ein.

Zu meinen wichtigsten Erfolgen zähle ich die Erarbeitung eines Leitbilds für den Riebeckplatz sowie die Rahmenplanung in Glaucha. Darin wurden wesentliche Grundprämissen definiert. Ein weiterer wichtiger Meilenstein ist das vom Stadtrat beschlossene Wohnungspolitische Konzept. Es bietet eine gute Grundlage für eine sozialverträgliche Entwicklung des Wohnungsmarktes.

Auch die Quotierung der Unterhaltungsmittel für öffentliche Straßen zugunsten der Fuß- und Radwege ist ein grüner Erfolg.

Im Bereich Kultur ist es uns gemeinsam mit den anderen Fraktionen gelungen, das Budget für die freie Kulturarbeit von 170.000 auf 920.000 EUR zu erhöhen. Dies sichert die wichtige Arbeit der vielen Vereine und Kulturträger.

Leider ist es uns nicht gelungen, eine nachhaltige Verkehrswende in der Stadt umzusetzen: Mit dem Beschluss zum vierspürigen Ausbau der Merseburger Straße und dem zweiten Parkhaus am Zoo sind wieder wesentliche Grundsatzentscheidungen zugunsten des motorisierten Individualverkehrs gefallen. Gleichzeitig erfolgt die Umsetzung von Beschlüssen zur Verbesserung des Radverkehrs (Fahrradparkhaus am Bahnhof, Aufstellung von Abstellbügeln und Sanierung von Radwegen) nicht oder nur zögerlich.

Aktuelle Mitgliedschaft in Ausschüssen und anderen Gremien:

- Ausschuss für Planungsangelegenheiten
- Ausschuss für Stadtentwicklung
- Kulturausschuss
- Betriebsausschuss Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
- Gestaltungsbeirat
- Aufsichtsrat der Energieversorgung Halle GmbH
- Aufsichtsrat der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH



Melanie Ranft

Lehrerin

Stadträtin bin ich seit fünf Jahren und das sehr gern! Spannend dabei ist und bleibt für mich die intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Themen. Meine Schwerpunkte lagen in den Bereichen der Bildungspolitik sowie der Kinder- und Jugendpolitik. So habe ich mich in der vergangenen Wahlperiode für Schul- und Kitaneubauten sowie für die erfolgreiche Integration von Geflüchteten in unser Bildungssystem eingesetzt. Ebenfalls ein wichtiges Thema für mich war und ist die Gleichstellung. Als Stadträtin hatte ich die Ehre, das erste Ampelmädchen in der Stadt anzubringen – eine kleine Aktion, die aber für alle Hallenser*innen nun täglich sichtbar ist.

Unvergessen wird mir auch meine Fahrt in einem Boot durch einen unterirdischen Kanal bleiben, an der ich als Aufsichtsrätin der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH teilgenommen habe. Dabei wurde mir einmal mehr deutlich, wie wichtig eine gut funktionierende Infrastruktur und welcher Aufwand mit ihrer Erhaltung verbunden ist. Gerade das nicht Offensichtliche verlieren wir schnell aus dem Blick.

Aktuelle Mitgliedschaft in Ausschüssen und anderen Gremien:

- Bildungsausschuss (Ausschussvorsitzende)
- Jugendhilfeausschuss und Unterausschuss Jugendhilfeplanung
- Aufsichtsrat Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
- Beirat der Stadion Halle GmbH



Wolfgang Aldag

Landschaftsplaner, Landtagsabgeordneter

Meine Aufgabe als Stadtrat sehe ich darin, zusammen mit den Bürger*innen die Stadt Halle an der Saale weiterzuentwickeln und fit für die Zukunft zu machen. Mein Anspruch dabei ist, nicht nur die vielfältigen Themen breit, offen und transparent zu diskutieren, um gemeinsam die Stadt nach vorne zu bringen, sondern auch selber mit anzupacken, wenn es darum geht, Verbesserungen im „Kleinen“ zu erreichen. Dieses Engagement lege ich seit 2014 an den Tag, das Projekt „1 Million für Halle – Halle blüht auf“ (eine Pflanzaktion mit 100.000 Narzissenzwiebeln) ist dabei der größte sichtbare Erfolg.

Meinen Schwerpunkt bildet das Themengebiet Umwelt und Klimaschutz. Das Verbot von Pestiziden auf städtischen Pachtflächen, eine Förderrichtlinie für Umweltprojekte, eine Konzeption für Blühflächen in der Stadt und das in Gang bringen eines Dialogs zum Thema Schulgartenunterricht aber auch das Öffnen der Wilden Saale für Paddelboote im Sinne eines naturnahen Tourismus zähle ich zu unseren Erfolgen.

Noch ist es uns nicht gelungen, die Verwaltung und die anderen Fraktionen von der Wichtigkeit des Themas Klimaschutz und Anpassung an die Klimaveränderungen zu überzeugen. Hier kommen wir nur langsam voran und werden dementsprechend unser Engagement verstärken.

Aktuelle Mitgliedschaft in Ausschüssen und anderen Gremien:

- Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
- Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben
- Aufsichtsrat der Halleschen Verkehrs AG



Dennis Helmich

Angestellter

Dem Stadtrat gehöre ich seit Mitte 2015 an. Meine politischen Schwerpunkte sind die Felder der Sozial- und Sportpolitik sowie Jugendhilfe und in den vergangenen Jahren zunehmend auch der Tierschutz. Insbesondere für Letzteres konnten wir eine deutlich bessere Ausstattung des städtischen Tierheims erreichen. Außerdem bin ich froh, einen wesentlichen Beitrag bei der Weiterentwicklung der Sportförderung und des Halle-Passes geleistet zu haben. Ich bin überzeugt, dass die Stärkung der Teilhabe der Hallenser*innen nach wie vor zu den größten Herausforderungen der Stadtpolitik gehört und dass wir insbesondere das Thema Armut bei Kindern und Erwachsenen intensiv bearbeiten müssen. Zu den bitteren Momenten meiner Stadtratszeit gehörte das von Verwaltungsseite mutwillig torpedierte HFC-Fanprojekt und, dass wir beim soziokulturellen Projekt „Hafenstraße 7“ keine vernünftige Lösung für den Fortbestand gefunden haben.

Aktuelle Mitgliedschaft in Ausschüssen und anderen Gremien:

- Sportausschuss
- Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
- Jugendhilfeausschuss (stellv. Mitglied)
- Verwaltungsrat Saalesparkasse
- Aufsichtsrat der Zoologischen Garten Halle GmbH



Marko Rupsch

Politikwissenschaftler, Fachreferent

Ich bin 2016 für meine Kollegin Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt in den Stadtrat nachgerückt. Mein Schwerpunkt in der Stadtratsarbeit liegt vor allem in den Bereichen Transparenz und Bürger*innenbeteiligung. Aus persönlichen Gründen (ich habe eine schulpflichtige Tochter) interessiere ich mich auch für die Themen Bildung und Schule. In all diesen Bereichen konnten wir in dieser Wahlperiode einige Erfolge erzielen. Ich bin sehr froh darüber, dass wir die Zahl der Schulkretär*innen deutlich erhöht haben. Bei den Grundstücksverkäufen der Stadt haben wir einen Beschluss erwirkt, der in Zukunft auch für die Öffentlichkeit nachvollziehbar macht, welche Grundstücke zu welchem Preis verkauft wurden. Leider ist es uns nicht gelungen, den städtischen Bürgerhaushalt wiederzubeleben, und auch den Livestream aus den Stadtratssitzungen gibt es immer noch nicht.

Aktuelle Mitgliedschaft in Ausschüssen und anderen Gremien:

- Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Ausschuss für Personalangelegenheiten
- Jobcenterbeirat
- Engagement-Beirat
- Aufsichtsrat Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
- Aufsichtsrat Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH

Ehemalige Stadträt*innen

Dietmar Weirich

war bis 2015 Stadtrat. Er musste diese Aufgabe aufgrund seiner im Herbst 2015 übernommenen Tätigkeit als Senator beim Landesrechnungshof und der sich daraus ergebenden rechtlichen Unvereinbarkeit beenden.

Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt

war seit 2014 Stadträtin in Halle. Da sie ihren Lebensmittelpunkt aus beruflichen und persönlichen Gründen nach Weimar verlegte, schied sie 2016 aus dem Stadtrat aus.

Geschäftsstelle

Stefan Suerbier

Geschäftsführer

Betreute Ausschüsse:

- Bildungsausschuss
- Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
- Hauptausschuss
- Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Ausschuss für Personalangelegenheiten

Doreen Aloé

Referentin

Betreute Ausschüsse:

- Jugendhilfeausschuss
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung
- Kulturausschuss
- Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
- Sportausschuss
- Betriebsausschuss Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
- Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten

Marko Rupsch

Referent

Betreute Ausschüsse:

- Ausschuss für Planungsangelegenheiten
- Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben
- Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
- Ausschuss für Stadtentwicklung

Unser Dank gilt den ehemaligen Mitarbeiter*innen der Fraktion Christiane Heinichen, Julia Güldner und Martin Grimm sowie den Praktikant*innen, die uns tatkräftig bei unserer Arbeit im Stadtrat unterstützt haben.

Sachkundige Einwohner*innen

Auf Vorschlag unserer Fraktion wurden sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme in Ausschüsse des Stadtrats berufen. Aktuell sind dort engagiert:

Steffen Ahrens
Dr. Jeanette Drygalla
Martin van Elten

Christian Hartwig
Andreas Müller
Ulrike Rühlmann

Daniel Rumpold
Prof. Dr. Reinhold Sackmann
Levin Velt

Ehemalige sachkundige Einwohner*innen

Torsten Bau
Fabian Eicker
Maria Genschorek

Dr. Henrik Helbig
Dennis Helmich

Elisabeth Krausbeck
Marko Rupsch

Schulische Bildungseinrichtungen

Viele Aspekte der schulischen Bildungseinrichtungen fallen nicht in die Kompetenz der Stadt Halle. Oftmals sind das Land oder die Schulen selbst zuständig. Verantwortlich ist die Stadt z. B. für Schulgebäude, die Ausstattung der Schulen mit Sachmitteln und die Schulentwicklungsplanung.

Eine Aula für die Zweite IGS

Erfreulicherweise haben Stadtrat und Oberbürgermeister ihren Investitionsschwerpunkt nun in den Bereich kommunale Bildungsinfrastruktur gelegt. Sowohl mit Fördermitteln (Landesprogramm STARK III) als auch städtischen Eigenmitteln werden in den kommenden Jahren zahlreiche Sanierungen ermöglicht, Baubeschlüsse dazu hat der Stadtrat bereits etliche gefasst. Manchmal musste der Stadtrat dabei Projekte auch gegen den Widerstand der Stadtverwaltung durchsetzen. Beispielsweise bekommt die „Zweite IGS“ nun einen Aula-Neubau auf dem künftigen Schulgelände in der Ingolstädter Straße, den die Verwaltungsspitze für unnötig hielt – vgl. Beschluss zu Antrag [VI/2017/02780](#).

Holzplatz wird Schulstandort

Viele Schulen müssen während der Bauarbeiten in Ausweichquartiere umziehen. Viel zu spät wurde dabei erkannt, dass die dafür vorhandenen Objekte nicht ausreichen. So wurde nun leider ohne ausreichende Vorbereitungszeit ein Schulneubau auf dem Holzplatz angeschoben. Dieser muss bereits zum Schuljahr 2019/2020 fertiggestellt sein, der Stadtrat konnte hier aufgrund großen Zeitdrucks nicht mehr angemessen auf die Gestaltung Einfluss nehmen. Wenigstens kann das in Systembauweise zu errichtende Gebäude in ein paar Jahren für eine dann benötigte neue weiterführende Schule genutzt werden.





Schulhöfe gestalten

Unsere Fraktion hat sich in der aktuellen Wahlperiode dafür eingesetzt, dass bei den Sanierungen auch einige der oftmals ungenutzten Schulhöfe in den Blick genommen werden. Nunmehr ist vorgesehen, dass unter Beteiligung der Schulgremien Planungen dazu erstellt werden und eine Aufwertung stattfinden kann, vgl. z. B. die Änderungs-Anträge [VI/2018/03850](#) und [VI/2017/03571](#).

Digitalisierung in der Schule

Bestandteil einer modernen Schule ist eine Ausstattung mit aktueller Informationstechnik. Voraussetzung sind allerdings entsprechende pädagogische Konzepte. Bereits 2013 hatte sich unsere Fraktion für die Entwicklung von IT-Ausstattungsstandards der städtischen Schulen stark gemacht – vgl. Stadtratsbeschluss zu Antrag [V/2013/12300](#). Zwar wurde in der aktuellen Wahlperiode der Einsatz von Tablets in einzelnen Klassen an einzelnen Schulen punktuell getestet, Konzepte dazu liegen allerdings bisher noch nicht vor. Diese hat die Stadtverwaltung für das 4. Quartal 2018 zugesagt.

Neue Grundschulen

Nach vielen Jahren des Schrumpfens und der Stagnation war die aktuelle Wahlperiode geprägt von einer wieder wachsenden Bevölkerung in Halle. Schulschließungen in Halle konnten so vermieden werden. Ursprünglich zur Schließung vorgesehene Schulen, z. B. die Grundschulen Frohe Zukunft und Rosa Luxemburg, werden inzwischen wieder dringend benötigt. Nachdem wir uns bereits 2013 für die Wiedereröffnung der Grundschule in Glaucha eingesetzt haben, vgl. Antrag [V/2013/11459](#), um die umliegenden Grundschulen Francke, Ludwigsfeld und Johannes zu entlasten, konnte die sanierte Glauchaschule endlich zum Schuljahr 2017/18 den Schulbetrieb wieder aufnehmen. Auch für die nördliche Innenstadt ist eine Entlastung der Grundschulen in Sicht. Der für die nächsten Jahre geplante Neubau in der Schimmelstraße wird die steigenden Schüler*innenzahlen an den Grundschulen Friesen, Lessing und Francke ausgleichen können.

Übergroße Schulen haben keine Vorteile

Leider im Ergebnis nicht erfolgreich haben wir uns im Stadtrat gegen eine Fusion der Grundschulen „Am Zollrain“ und „Wolfgang Borchert“ eingesetzt – vgl. Antrag [VI/2017/02783](#). Beide Schulen können in ein paar Jahren ein saniertes Gebäude in Halle-Neustadt nutzen. Allerdings werden sich durch die

Fusion die Schüler*innenzahlen stark erhöhen. Um diese Situation zu vermeiden, hatten wir die Nutzung zweier benachbarter Grundschulen am gleichen Standort vorgeschlagen. Leider fand diese Idee keine Mehrheit im Stadtrat.

Modell Schulbaukonferenz

Ein weiteres wichtiges Thema in der aktuellen Wahlperiode war und ist die Partizipation von Schulgremien bei Sanierungsvorhaben. In der Vergangenheit wurden Schul- und Hortleitungen, Lehrer*innen, Schüler*innen und Eltern nur unzureichend in Planungsprozesse für Sanierungen an ihren Schulen einbezogen. Wir haben daher vorgeschlagen, sich am Modell der Schulbaukonferenz der Stadt Dresden zu orientieren und für die einzelnen Planungsphasen konkrete Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten festzuschreiben – vgl. Antrag [VI/2018/03963](#). Die Stadtverwaltung hat daraufhin zugesagt, bei künftigen Vorhaben relevante Akteure intensiver zu beteiligen und über diese Prozesse zu informieren. Wir haben daher unseren Antrag zunächst zurückgezogen und werden die Umsetzung verfolgen.

Schulsekretariate sind wichtig

Ende 2016 haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen die Besetzungen der Schulsekretariate thematisiert – vgl. Änderungsantrag [VI/2016/02558](#). In den Jahren zuvor waren an den Schulen massiv Stellen abgebaut worden, so dass keine tägliche Besetzung der Sekretariate an den einzelnen Standorten mehr sichergestellt war und ein*e Sekretär*in zwischen mehreren Schulen pendeln musste. Infolge der vom Stadtrat beschlossenen umfangreichen Stellenneuschaffungen hat die Stadtverwaltung inzwischen die Stellenbemessungswerte für die Arbeitszeit in den Schulsekretariaten aller Schulformen überarbeitet. Eine ausreichende tägliche Besetzung ist nunmehr wieder gewährleistet.



Schulgartenprojekte ermöglichen Umweltbildung

Mit einer Antragsinitiative haben wir im Jahr 2018 die Schulgartenarbeit an den Schulen in Halle in den Mittelpunkt gerückt – vgl. Antrag [VI/2018/03809](#). Leider ist das Fach Schulgarten im Land Sachsen-Anhalt kein Bestandteil des verpflichtenden Lehrplanes mehr, und der zentrale Schulgarten in der Stadt wurde vor Jahren geschlossen. Ziel des Antrages war es, durch städtisches Engagement Garteninitiativen und interessierte Schulen zusammenzubringen und eine Zusammenarbeit anzuregen. Erste Treffen dazu haben bereits stattgefunden. Die Stadt kann und sollte hier Angebote zur Natur- und Umweltbildung unterstützend begleiten.

Kinderfreundliche Schulanfangszeiten an Grundschulen

Tests und Studien zeigen, dass sich ein zu früher Schulbeginn negativ auf das Leistungsvermögen und Wohlbefinden der Kinder auswirkt. Die Wissenschaft plädiert seit Jahren dafür, die Schulanfangszeiten nach hinten zu verschieben. In unserer Stadt beginnt der Großteil der Grundschulen 7.30 Uhr oder früher mit dem Unterricht. Dabei wäre, laut Vorgaben des Landes, auch ein späterer Beginn bis 8.15 Uhr möglich. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion haben wir das Thema im Rat gesetzt. Die Stadtverwaltung als Schulträger wurde im Ergebnis beauftragt, innerhalb der Gesamtkonferenzen Diskussionen zum Thema anzustoßen – vgl. Antrag [VI/2016/02039](#). Resultierend aus den Elternbefragungen wurde der Unterrichtsbeginn an bisher vier Grundschulen geringfügig nach hinten verlegt.



Umwelt- und Klimaschutz

Das Engagement für ein gesundes Stadtklima, eine intakte Umwelt und weniger Lärm sowie Flächenverbrauch bildeten einen Schwerpunkt im Kommunalwahlprogramm 2014 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kommunaler Klimaschutz und Klimaanpassung

Klimaschutz ist eine große gesellschaftliche Aufgabe, der sich auch die Kommunen nicht entziehen können. Handlungsbedarfe und -möglichkeiten gibt es zahlreiche. Eine Reduzierung von klimaschädlichen CO₂-Emissionen in der Stadt gelingt beispielsweise durch Energieeffizienzprojekte oder ein ressourcenschonendes Wirtschaften. Darüber hinaus geht es um Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

Seit 2013 hat Halle ein kommunales Klimaschutzkonzept und auch ein Dienstleistungszentrum Klimaschutz, welches zentrale Anlaufstelle innerhalb der Verwaltung ist. Ein untergesetzter Umsetzungsplan zum Klimaschutzkonzept wurde leider erst 2016 vorgelegt. Unserer Auffassung nach muss das Konzept dringend fortgeschrieben werden, da zahlreiche Ideen in der Zwischenzeit nicht weiter verfolgt wurden oder mangels bereitgestellter Finanzierung nicht umsetzbar waren. Auf unsere Initiative hin wurde eine Fortschreibung für das Jahr 2018 vom Stadtrat festgelegt – vgl. Änderungs-Antrag [VI/2016/01771](#). Aus unserer Sicht bedarf es hier einer weiteren Priorisierung der fortgeschriebenen Maßnahmen und einer angemessenen Mittelbereitstellung für deren Umsetzung.

Elektromobilität ist mehr als Ladesäulen

Elektrisch angetriebene Fahrzeuge verursachen lokal weniger Emissionen als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Die Elektromobilität ist damit ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfähige, effiziente und umweltgerechte Mobilität. Halle ist mit den aktuell errichteten öffentlichen Ladestationen für Elektrofahrzeuge im Vergleich mit anderen Kommunen in Sachsen-Anhalt relativ gut aufgestellt. Allerdings braucht es für einen Umstieg auf das eAuto einen weiteren zielgerichteten Ausbau der Ladeinfrastruktur in den Wohnvierteln und eine Bevorzugung von Stellplätzen für Elektroautos. Auch in anderen Handlungsfeldern wie z. B. im Bereich des Wohnungsbaus oder beim E-ÖPNV bestehen kommunale Gestaltungsmöglichkeiten. Mit einer Antragsinitiative im Stadtrat haben wir versucht, ein ausfinanziertes städtisches

Maßnahmen- und Umsetzungs-konzept zur Förderung der Elektromobilität für Halle auf den Weg zu bringen – vgl. Antrag [VI/2017/03465](#). Die Stadtratsmehrheit hat diesen Vorschlag leider abgelehnt und hält das bisherige Engagement der Stadt für ausreichend.





Bepflanzte Fassaden sehen nicht nur gut aus

Gebäudebegrünungen wirken wie „natürliche Klimaanlage“. Sie schützen die Gebäudehülle, kühlen, dämmen, filtern Feinstaub, schützen vor Lärm und unterstützen die Biodiversität. Seit 2017 fördert die Stadt Halle endlich aktiv mit kleinen finanziellen Zuschüssen die Begrünung von Fassaden. Zwar hat der Stadtrat auf unsere Initiative hin ausreichend Mittel bereitgestellt (2018: 6.000 Euro), allerdings beschränkt sich die Förderung lediglich auf die Anschaffungskosten für Pflanzen. Ein Änderungsantrag unserer Fraktion, der auch eine Bezuschussung der Realisierung von Rankhilfen vorsah, fand im Stadtrat keine Mehrheit – vgl. Änderungs-Antrag [VI/2017/03472](#). Leider initiiert die Stadt bisher auch keine eigenen Modellprojekte an städtischen Gebäuden oder Gebäuden der städtischen Unternehmen, hier ist noch viel mehr möglich.

Zuschüsse für ökologische Projekte und Aktivitäten bei Umwelt- und Naturschutz

Die Stadt Halle fördert in vielen Bereichen Engagement von Vereinen, Verbänden und Einzelpersonen, beispielsweise in Kultur, Sport, Jugendhilfe, Gleichstellung, Sozialer Arbeit,

Städtepartnerschaften und Kleingartenwesen. Wir haben 2018 vorgeschlagen auch eine Möglichkeit der Gewährung von Zuwendungen für umweltrelevante Vorhaben zu schaffen. Somit könnten Projekte, Maßnahmen und Kampagnen kommunal gefördert werden, die die Stärkung des Umweltbewusstseins, den Schutz von Umwelt und Natur, den Erhalt der Biodiversität, den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, die Förderung nachhaltiger Mobilität oder eines umwelt- und ressourcenschonenden Konsumverhaltens zum Ziel haben – vgl. Antrag [VI/2018/03721](#). Die Verwaltung hat zugesagt, eine solche Richtlinie zu erarbeiten. Aufgabe des Stadtrates wird es sein, künftig Haushaltsmittel dafür bereitzustellen.

Werde Baumpate!

Pflanzungen von einzelnen Bäumen an Straßen oder in Parks kosten die Stadt viel Geld und gleichzeitig gibt es Bürgerinnen und Bürger, die ihrer Stadt mit einer Spende Gutes tun wollen. Was liegt da näher, als diese beiden Dinge miteinander zu verbinden? Auf Initiative unserer Fraktion hin wurde ein Konzept für Baumpatenschaften erarbeitet – vgl. Anträge [VI/2015/01412](#) und [VI/2016/02329](#). Auch wenn die städtische Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt intensiviert werden könnte, freuen wir uns über den Erfolg.

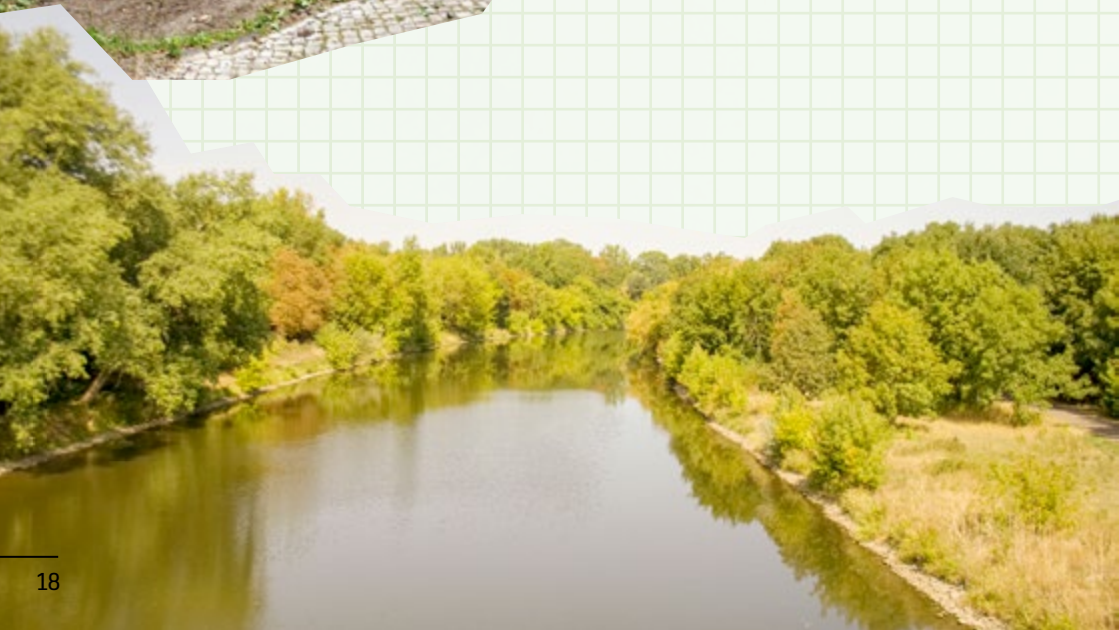


Ersatzpflanzungen zeitnah und auch ohne rechtliche Verpflichtung

2017 ist der Stadtrat unserem Vorschlag gefolgt, bei Bäumen im Eigentum der Stadt Ersatzpflanzungen grundsätzlich in der nächsten Pflanzperiode durchzuführen und nicht erst drei Jahre später. Außerdem strebt die Stadt seither an, auch in Fällen, in denen keine Ersatzpflanzung zur Kompensation der Bestandsminderung festgelegt wurde, diese freiwillig zu tätigen – vgl. Antrag [VI/2017/02962](#). Dies betrifft vor allem Bäume mit einer prognostizierten geringen Lebensdauer. Denn: warum sollte kein Ersatz gepflanzt werden, bloß weil ein Baum alt ist?

Für Hochwasserprävention – gegen flächendeckendes Abholzen am Fluss

Entgegen einer Beschlussfassung des Stadtrates im Jahr 2014 wurde dem Stadtrat von der Stadtverwaltung bisher kein Vorschlag für ein kommunales Hochwasserschutzkonzept vorgelegt. Lediglich im Hochwasserschutzbeirat der Stadt wurden Maßnahmen diskutiert. Anfang 2016 hatte der Beirat in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, die Gewässerböschung und einen an sie anschließenden 5 m breiten Randstreifen entlang der Strom- und Elisabethsaale sowie der Wilden Saale zwischen der Magistrale und der Kröllwitzer Brücke komplett von Gehölzen zu befreien und Rasen anzusäen. Auf Initiative unserer Fraktion hat sich der Stadtrat gegen diese „Intensivierung der Unterhaltung der Saalevorländer“ und für den Erhalt des ufernahen Grüns an der Saale und den Saalearmen ausgesprochen – vgl. Antrag [VI/2016/01957](#).



Pfandsystem gegen Coffee-to-go-Müllberge

Das Thema Abfallvermeidung am Beispiel der Einweg-Coffee-to-go-Becher war Gegenstand einer fraktionsübergreifenden Ratsinitiative im August 2017 – vgl. Antrag [VI/2017/03298](#). Zahlreiche andere Städte haben Modelle für die Nutzung von Mehrwegbecher-Pfandsystemen entwickelt und starten entsprechende Kampagnen. In Halle besteht bisher lediglich die Möglichkeit, in einigen Geschäften und Läden einen selbst mitgebrachten Becher befüllen zu lassen. Aber diese Läden sind nicht einheitlich mit einem Logo o.ä. gekennzeichnet und ein Mehrwegpfandsystem gibt es wahrscheinlich nicht zum Nulltarif.



Stadt ohne Pestizide

Pestizide sind entscheidend mitverantwortlich für den dramatischen Verlust an biologischer Vielfalt. Die Stadt Halle selbst und im Auftrag der Stadt Halle tätige Firmen verzichten nach Angaben der Stadtverwaltung seit geraumer Zeit auf den Einsatz von Pestiziden. Im Mai 2018 hat der Stadtrat auf unseren Antrag hin beschlossen, dass künftig beim Abschluss neuer Pachtverträge und bei der Verlängerung von Pachtverträgen für nicht landwirtschaftlich genutzte Flächen der Stadt (z. B. Kleingartenanlagen, Garagenanlagen, Sportanlagen, etc.) eine Vertragsklausel eingefügt wird, mit der sich Pächter*innen zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden auf diesen Flächen verpflichten – vgl. Antrag [VI/2018/03731](#).

Mehr Blühflächen auf städtischen Flächen

Auf Antrag unserer Fraktion hat der Stadtrat die Stadtverwaltung beauftragt, Möglichkeiten zur Realisierung von zusätzlichen Blühflächen und Blühstreifen im Stadtgebiet zu untersuchen und Vorschläge für die Umsetzung zu machen – vgl. Antrag [VI/2018/03882](#). Denn Blühflächen und Langgraswiesen verschönern nicht nur das Stadtbild, sondern bieten vielen Insekten und besonders auch Wildbienen und Bienen Nahrung und Lebensraum. Wir hoffen, dass der Anteil entsprechender Flächen in den nächsten Jahren signifikant steigt und weniger Kurzrasen das Stadtbild bestimmt.



Mobilität und Verkehr



Halle ist eine kompakte Stadt. Deshalb haben wir uns für Verkehrslösungen eingesetzt, die den oft kurzen Wegen in der Stadt gerecht werden und Lärmbelastigung, Umweltverschmutzung sowie Flächenverbrauch senken.

Mehr finanzielle Mittel für den Fuß- und Radverkehr

Die Verfügbarkeit von Fördermitteln (EFRE, Tourismusförderung) ermöglichte es in der vergangenen Wahlperiode, zahlreiche Projekte für den Radverkehr anzuschieben. Wir befürworten diese Entwicklung und haben sie nach Kräften unterstützt.

Auch die bestehende Infrastruktur bedarf der Aufmerksamkeit. Viele Fuß- und Radwege sind in keinem guten Zustand. Deswegen haben wir gemeinsam mit SPD und LINKEN einen Antrag eingebracht, der eine Quotierung der Instandhaltungsmittel für die einzelnen Verkehrswege vorgibt und ab 2019 wirksam werden soll ([VI/2018/03722](#)). Durch diese Neuaufteilung der verfügbaren Mittel kommt in Zukunft mehr Geld den Fuß- und Radwegen zugute.

Im Rahmen der Beschlussfassung zur Umsetzung der Radverkehrskonzeption im Jahr 2015 wurden auch konkrete Zahlen zur Aufstellung von Fahrradabstellanlagen festgelegt: in jedem Jahr soll es 200 neue geben. Leider wurde diese Vorgabe bisher nicht vollumfänglich umgesetzt.

Sehr kritisch betrachten wir aktuell die Situation am Hauptbahnhof. Hier werden mit Beschluss des Stadtrates demnächst zahlreiche Stellplätze zugunsten einer zusätzlichen Straßenbahnhaltestelle entfallen. Zwar hat die Stadtverwaltung ein Fahrradparkhaus versprochen, dessen Bau sich aber aufgrund der neuen Entwicklungen am Riebeckplatz verzögern wird.

Bereits in der vergangenen Wahlperiode haben wir per Antrag eine Änderung der Stellplatzsatzung erwirkt. Diese legte bisher nur für Pkw die Anzahl der Stellplätze beim Neubau von Gebäuden fest. Mit der nun

im Stadtrat beschlossenen Änderung werden auch Fahrradstellplätze berücksichtigt ([V/2013/12022](#)).

Wenn im Winter Schnee und Eis zu räumen sind, hat insbesondere der Radverkehr immer wieder das Nachsehen, denn der Schnee landet oft auf den Radwegen am Straßenrand. Viele Wege, die in der Hauptsache dem Radverkehr vorbehalten sind, werden oft gar nicht geräumt. Als Begründung hierfür muss meistens das fehlende Geld herhalten. Daher hat der Stadtrat auf unseren Vorschlag im Rahmen eines Änderungsantrages zum Haushalt 2018 hin zusätzliche Mittel eingestellt ([VI/2017/03679](#)). Ab Winter 2018/19 werden wichtige Radverkehrsverbindungen winterdienstlich betreut.

Auch im Rahmen des Stadtbahnprogramms und der Umsetzung von Fluthilfemaßnahmen haben wir immer wieder darauf gedrängt, die Bedingungen für den Rad- und Fußverkehr über die bereits vorgesehenen Planungen hinaus zu verbessern. So zum Beispiel beim Umbau des Joliot-Curie-Platzes, [VI/2015/01175](#). Leider fand unser Anliegen im hier genannten Fall keine Mehrheit im Stadtrat.



Eine Änderung der aktuellen Gesetzeslage gibt den Verkehrsbehörden die Möglichkeit, streckenbezogene Tempo-30-Beschränkungen einzurichten. Der Stadtrat ist zwar in dieser Sache nicht mitbestimmungsberechtigt (übertragener Wirkungskreis), trotzdem haben wir darauf gedrängt, dass die untere Verkehrsbehörde hier tätig wird und insbesondere vor Krankenhäusern, Schulen, Kitas und Altenheimen Tempo-30-Strecken einrichtet.



Öffentlichen Personen- nahverkehr zukunftssicher machen

In Vorbereitung der Beschlussfassung zum neuen Nahverkehrsplan hat der Stadtrat auf Antrag unserer Fraktion hin beschlossen, die Stadtverwaltung mit der Entwicklung von drei unterschiedlichen Szenarien zu beauftragen ([VI/2016/01768](#)).



Wir wollten wissen, welche Möglichkeiten sich bieten würden, wenn man mehr Mittel für den ÖPNV zur Verfügung stellt. Die Stadtverwaltung hat diesen Beschluss aus unserer Sicht deutlich zu eng ausgelegt und dem Stadtrat am Ende zwar mehrere Szenarien zur Entscheidung vorgelegt. Diese entsprachen allerdings nicht den Vorgaben des Beschlusses. Die Stadträt*innen konnten sich nur zwischen unterschiedlich umfangreichen Maßnahmenpaketen entscheiden bzw. für ein Paket, das als Vorzugsvariante von der Stadtverwaltung vorgeschlagen wurde ([VI/2017/03188](#)).

Zumindest der Mitteldeutsche Verkehrsverbund (MDV) hat intensiv über neue Modelle der Finanzierung nachgedacht. Ausgangspunkt war vor allem die Kritik an den

jährlichen Preiserhöhungen. Im Rahmen der Diskussionen wurde auch ein sogenanntes Bürger*innenticket ins Spiel gebracht aber nicht weiterverfolgt, weil der politische Wille auf der Landesebene fehlt, die dafür erforderliche Anpassung der rechtlichen Regelungen vorzunehmen.

Das Stadtbahnprogramm ermöglichte es der HAVAG, wichtige Infrastrukturprojekte zu verwirklichen. Weitere Ausbaustufen stehen an, sie alle sollen vor allem der Beschleunigung der Straßenbahn dienen. Aktuell wird zum Beispiel in der Großen Steinstraße und am Joliot-Curie-Platz gebaut.

Intensiv debattiert wurde vor allem die Merseburger Straße. Wir haben uns dabei klar für den Vorschlag der Stadtverwaltung ausgesprochen, einige Teile nur noch mit einem überbreiten Fahrstreifen je Richtung auszustatten, weil sonst kein Platz für regelkonforme Rad- und Fußwege bleibt. Leider hat sich in dieser Diskussion eine Mehrheit für jeweils zwei Fahrstreifen in jede Richtung ausgesprochen. Dies kann zu Mehrkosten für die Stadt führen, denn gefördert werden in der Regel nur verkehrsbedingte Erweiterungen. Von der Stadt in Auftrag gegebene Verkehrsmessungen lassen an dieser Notwendigkeit zweifeln. Darüber hinaus muss sich nun die Stadt an den Kosten der Brückensanierung am Rosengarten beteiligen, die bei einem Neubau in Bestandsgröße vollumfänglich durch die Deutsche Bahn getragen worden wären.



Flächenverbrauch für ruhenden Verkehr minimieren

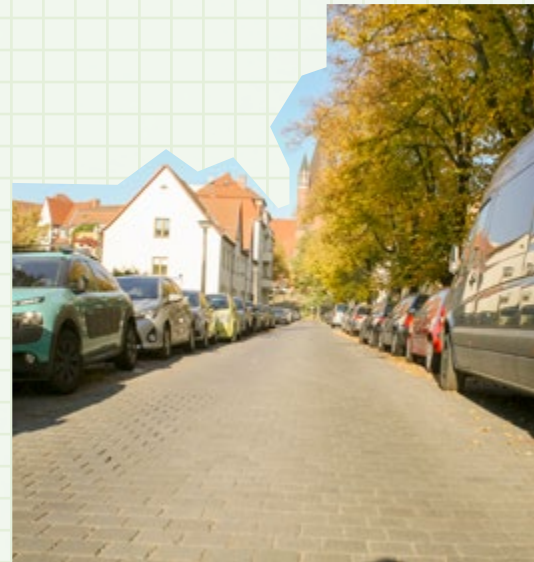
In vielen Stadtteilen gibt es mehr Pkws als Parkplätze im öffentlichen Raum. Deshalb schlägt die Stadtverwaltung den Bau zweier neuer Parkhäuser vor: am saaleseitigen Eingang des Zoos und hinter der Oper.

Mehr Parkhäuser im innerstädtischen Bereich werden ein höheres Verkehrsaufkommen zur Folge haben, zum Beispiel in der August-Bebel-Straße, am Uniring oder in der Seebener Straße. Aus unserer Sicht sollte das Gegenteil, die Vermeidung von mehr Verkehr



in der Innenstadt, das Ziel sein. Die Schaffung geeigneter Maßnahmen innerhalb des ÖPNV wären eine Möglichkeit, z. B. durch Kombitickets (Eintritt + ÖPNV-Ticket im Paket). Deshalb haben wir versucht, das Parkhaus am Zoo per Antragsinitiative ([VI/2016/01653](#)) zu verhindern. Weiterhin haben wir die Machbarkeitsstudie für das Parkhaus hinter der Oper abgelehnt ([VI/2016/02534](#)).

Das Paulus- und das Medizinerviertel leiden besonders unter erheblichem Parkdruck. Die Folgen sind zugeparkte Rettungswege und schwer einsehbare Kreuzungen, die insbesondere für Fußgänger*innen schwierig zu überqueren sind. Deshalb ließ die Stadtverwaltung mit viel Geld Parkraumkonzepte erstellen. Im Ergebnis werden darin verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen (bauliche Sicherung von Kreuzungen, Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen für Lieferanten und zum Be- und Entladen). Die Umsetzung lässt bis auf wenige Einzelprojekte bisher auf sich warten. Aus unserer Sicht fehlte hier der Stadtverwaltung



der Mut, sich stärker für die schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen einzusetzen und zum Beispiel mit häufigeren Kontrollen konsequent gegen gefährliches Falschparken vorzugehen. Leider kann der Stadtrat keine Beschlüsse zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs fassen, weil diese Maßnahme im übertragenen Wirkungskreis liegt.

BürgerInnenbeteiligung und moderne Politik

Umfassende Bürger*innenbeteiligung führt zu qualitativ besseren Entscheidungsprozessen und einer lebendigen demokratischen Kommune. Sie umfasst sowohl inhaltliche Mitbestimmung bei Entscheidungen als auch umfassende Information über alle öffentlichkeitsrelevanten Vorgänge.

Mehr Transparenz bei Grundstücksverkäufen durchgesetzt

Wenn öffentliches Eigentum in private Hände wechselt, sollte dies mit maximaler Transparenz geschehen. Für uns Grüne war es unverständlich und nicht zufriedenstellend, dass beim Verkauf von Grundstücken einige wichtige Informationen, wie z. B. die Lage/der Standort sowie der Kaufpreis gegenüber der Öffentlichkeit geheim gehalten wurden. Auf unseren Antrag hin ([VI/2017/02886](#)) hat der Stadtrat nun eine Änderung dieser Praxis beschlossen.

Stadtratssitzungen in Echtzeit sehen – Livestream

Bereits in der letzten Wahlperiode haben wir uns für die Einrichtung eines Internet-Livestreams der Stadtratssitzung eingesetzt. Bürger*innen wäre es damit möglich, an allen Orten mit einem Zugang zum Internet die Sitzung zu verfolgen. Der Stadtrat beschloss einen Antrag der Grünen, der eine Umsetzung dieser Maßnahme prüfen sollte ([V/2012/11270](#)). Leider ist der Livestream bisher nicht eingerichtet. Wir werden uns weiterhin für dieses Anliegen einsetzen.



Transparenz bei Sponsoring noch ausbaufähig

Die Stadt und ihre Unternehmen sind relevante Sponsoren in Sport und Kultur. Mit der Novellierung des Kommunalverfassungsgesetzes wurde verbindlich geregelt, dass der Stadtrat Sponsoringverträgen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen, welche die Stadt selbst betreffen, zustimmen muss. Bisher fehlt eine entsprechende Regelung bei den städtischen Unternehmen.

Transparenz bei städtischen Großprojekten nicht erwünscht

In vielen großen Städten ist es üblich, Bürgerinnen und Bürger frühzeitig über anstehende Bauprojekte zu informieren und zwar nicht erst, wenn die Baubeschlüsse in den zuständigen Gremien gefasst sind bzw. eine solche Beschlussfassung aktuell ansteht. Wir haben daher beantragt, dass die Stadtverwaltung eine Vorhabenliste erstellt, die auch auf der Internetseite der Stadt Halle einsehbar ist. ([VI/2015/01201](#)). Der Stadtrat folgte diesem Anliegen mehrheitlich. Der Oberbürgermeister hat diesem Beschluss widersprochen und die Kommunalaufsicht sieht diesbezüglich keine Entscheidungskompetenz beim Stadtrat. Daraus resultierend konnte das Vorhaben bis heute nicht umgesetzt werden.

Mehr Beteiligung bei Planungsprozessen

Immer wieder wird der Stadtrat von Änderungen bei Planverfahren im Hoch- und Tiefbau überrascht. Als Gründe für diese Abweichungen von bereits gefassten Gestaltungs- und Baubeschlüssen verweist die Stadtverwal-



tung auf Genehmigungsverfahren oder hohen Zeitdruck, unter dem Planung und Bau umgesetzt werden müssen. Der Stadtrat hat hierzu mit einem Antrag unter grüner Beteiligung ein grundsätzliches Regelwerk für solche Prozesse beschlossen ([VI/2016/02589](#)). Dieses betrifft auch Grundsatzbeschlüsse, deren Inhalte für weitere Planungen relevant sind.

Weiterer Verbesserungsbedarf bei der papierlosen Ratsarbeit

Bereits in der vergangenen Wahlperiode hat unsere Fraktion einen Antrag zur Einführung der papierlosen Ratsarbeit gestellt ([V/2009/08342](#)). Dieser wurde von uns zurückgezogen, da die Stadtverwaltung hierzu eine eigene Beschlussvorlage in den Stadtrat einbrachte. Zu Beginn der aktuellen Wahlperiode erfolgte die Umsetzung des Beschlusses und nun arbeiten alle Stadträt*innen mit einem Tablet, mit dem auf das bestehende Ratsinformationssystem zugegriffen werden kann. Halle ist hier auf dem richtigen Weg – allerdings sehen wir nach wie vor „Luft nach oben“ beim elektronischen Ratsinformationssystem. Hier gilt es die Zugänglichkeit und die Barrierefreiheit deutlich zu verbessern.

Stadtentwicklung: Erhalten, beleben und gestalten

Halle wächst und dieses Wachstum gilt es nachhaltig und verantwortungsvoll zu gestalten.

Zukunft des Riebeckplatzes

Der Riebeckplatz ist im Moment vor allem ein Verkehrsknotenpunkt und weniger ein Platz, an dem sich Menschen aufhalten wollen. Zur Entwicklung der vielen Brachflächen im direkten Umfeld des Platzes hat der Stadtrat ein Leitbild beschlossen, auf dessen Basis ein Rahmenplan erarbeitet werden sollte. Der Oberbürgermeister hat diesen Beschluss nicht umgesetzt und agiert aus unserer Sicht ausschließlich im Sinne von Investoren. Ohne Rahmenplan hat er die Flächen auf dem Markt angeboten. Der Stadtrat hat dem Verkauf einiger Flächen mehrheitlich zugestimmt. Wir haben dies abgelehnt, weil aus unserer Sicht genau der umgekehrte Weg der richtige ist: erst muss die Stadt die Rahmenbedingungen festlegen, unter denen der Platz entwickelt werden soll. Dazu zählen für uns nicht nur Architektur und Funktionalität sondern auch Klima- und Umweltverträglichkeit.



Gebiet Steg

Der Stadtrat hat einen Rahmenplan für das Gebiet am Steg beschlossen. Wir haben diesen Rahmenplan gefordert, um insbesondere die städtebauliche Situation (zum Beispiel fehlende Raumkanten) zu verbessern. (vgl. [VI/2015/00603](#)). Allerdings sehen wir die breite Trasse für die Glauchaer Straße äußerst kritisch, weil wir den Bau einer vierspurigen Straße befürchten, auch wenn die Freihaltung im Moment einer Straßenbahntrasse gilt.





Vergabe von Fördermitteln für den Städtebau transparenter gestalten

In der aktuellen Wahlperiode wurde der Stadtrat deutlich besser an der Fördermittelvergabe im Bereich Städtebau beteiligt, als dies früher der Fall war. Was uns aber nach wie vor fehlt, ist eine die Jahresscheiben übergreifende Projektliste, in der Prioritäten jenseits der Verfügbarkeit von Eigenmitteln erkennlich sind. Viel zu oft hängt es an Spenden, die diesen Eigenmittelanteil finanzieren. Damit wird Städtebauförderung zum Bausparmodell und so wollen wir sie nicht.

Neuer Verwaltungsstandort in Halle-Neustadt nicht die beste Lösung

Die Nutzung der Scheiben in Halle-Neustadt als neuen Verwaltungsstandort wurde im Stadtrat lange diskutiert. Aus unserer Sicht wurden die Vor- und Nachteile nur oberflächlich abgewogen. Wir haben uns vor dem Hintergrund, dass sich bereits jetzt ein erheblicher Teil der Stadtverwaltung in Halle-Neustadt befindet, gegen die Anmietung der Scheibe ausgesprochen. Auch, weil wir für bisher genutzten Gebäude in der Innenstadt keine Nachnutzung sehen und somit erheblicher Leerstand drohen kann. Im Zusammenhang mit der Absicht, weitere Bürogebäude am Riebeckplatz zu errichten, dürfte sich diese Gefahr noch verstärken. Auch wir sprechen uns für eine sinnvolle Nutzung der Scheiben in Halle-Neustadt aus. Allerdings kritisieren wir, dass andere Verwendungsmodelle/-möglichkeiten nie ernsthaft geprüft wurden.

Am Ende haben die Bürgerinnen und Bürger darüber entschieden und so wird die Stadt eine der sanierten Scheiben zukünftig als Verwaltungsstandort anmieten.



Erholungsräume in unserer Stadt erhalten

Lange haben wir gegen eine Entwicklung des Hufeisensees zum kommerzialisierten Freizeitpark gekämpft und wenigstens den Kompromiss errungen, dass ein Teil des Gewässers weiterhin in naturnahem Zustand mit dazu passender Nutzung verbleibt. Dieser Kompromiss scheint nun wieder zu bröckeln. Wir stehen weiterhin für eine sanfte Entwicklung unter Berücksichtigung von Umwelt- und Naturbelangen.

Die Öffnung der Wilden Saale für Paddelboote erhöht das Angebot an naturnahen Freizeitangeboten in unserer Stadt. Das Thema Wassertourismus muss in Zukunft eine stärkere Rolle spielen. Allerdings sehen wir hier weniger Wolkenschlösser wie den Elster-Saale-Kanal, für dessen Fertigstellung wir aktuell weder den touristischen Zweck noch die notwendige Finanzierung erkennen

können, als wegweisende Projekte. Vielmehr sollte im Rahmen der Möglichkeiten und in kleinen Schritten vorangegangen werden. Deshalb haben wir mittels verschiedener Antragsinitiativen die Umsetzung von bereits im Wassertourismuskonzept vorgeschlagenen Ideen eingefordert, z. B. einen Biwakplatz am Sophienhafen [VI/2018/03884](#).

Erholung bieten auch die zahlreichen Klein- und Erholungsgärten. Wir haben uns für deren Erhalt eingesetzt, so zum Beispiel bei der Anlage im Mispelweg, die im Rahmen der Fortschreibung der Friedhofkonzeption in eine Wohnbaufläche umgewandelt werden sollte ([VI/2017/02983](#)). Auch für eine kleinere Anlage nördlich der Faulmannstraße war eine solche Umwandlung vorgesehen, was mit der Streichung der Finanzierung für den Ankauf im städtischen Haushalt verhindert werden konnte.





Wohnorte entwickeln

Unsere Stadt ist vor allem ein Wohnort. Gemeinsam mit SPD und LINKEN haben wir die Erarbeitung eines Wohnungspolitischen Konzeptes auf den Weg gebracht ([VI/2015/01235](#)) und dieses auch inzwischen beschlossen ([VI/2018/03767](#)). Das Konzept enthält einen Katalog von Maßnahmen, durch die man insbesondere die soziale Entmischung (Segregation) in Stadtteilen verhindert werden soll – zum Beispiel durch sozialen Wohnungsbau mit günstigen Mieten.

Denkmäler schützen

Baudenkmäler sind ein wichtiges Kulturgut und machen den Charme und die Schönheit einer historisch gewachsenen Stadt aus. Dazu zählen wir nicht nur die zahlreichen historischen Bauten, die inzwischen einige hundert Jahre alt sind, sondern auch neuere Architektur. Deshalb haben wir z. B. um den Erhalt des Baukörpers des Raumflugplanetariums auf der Peißnitzinsel gekämpft. Leider haben wir für unsere Initiative zur Verhinderung des Abrisses ([VI/2014/00431](#)) keine Mehrheiten im Stadtrat erhalten. Jedoch konnten wir mit unserem Antrag zum Erhalt von Teilen des Bauwerkes einen Teilerfolg erzielen ([VI/2016/02413](#)).

Unsere Antragsinitiative zum Erhalt sowie zur Nachnutzung stieß bei der Stadtverwaltung und auch im Stadtrat auf Ablehnung und das aufgrund fadenscheiniger Argumente, die sich später als falsch herausstellten. Am Ende will niemand den folgenschweren Satz gesagt haben, dass einer Nachnutzung des alten Raumflugplanetariums die Bewilligung der Fördermittel für das neue Planetarium im Weg stünde.

Kunst und Kultur

Kommunale Kulturpolitik schafft Rahmenbedingungen, um die Entfaltung von kultureller Kreativität vor Ort zu ermöglichen. Es gilt das reichhaltige kulturelle Angebot in Halle – von der Hochkultur bis zur Freien Szene – zu erhalten und neuen Projektideen Raum zu geben. Geprägt hat die aktuelle Wahlperiode das erneute Ringen um die Zukunft der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle und deren Finanzierung. Das Land Sachsen-Anhalt hatte seine Zuschüsse für die halleschen Bühnen gleich zu Beginn der Wahlperiode massiv gekürzt. Nur durch eine wesentliche Erhöhung der kommunalen Zuschüsse konnte ein Fortbestand, ohne den Wegfall einzelner Sparten, gesichert werden. Allerdings erfolgten der weitere Abbau von Personal und die Ausdünnung des Spielplanes.

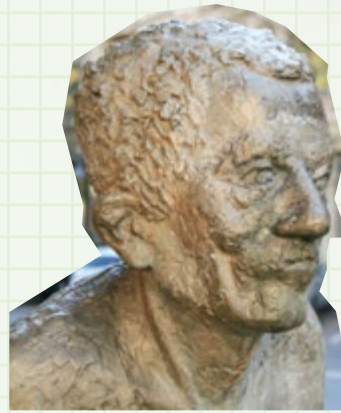
Nahezu ohne kommunalpolitisches Agieren ist in den vergangenen Jahren in Halle-Ost mit der Freiraumgalerie und den zahlreichen begleitenden Projekten eine Erfolgsgeschichte geschrieben worden. Die mit Streetart und Graffiti gestalteten Häuserzeilen sind mittlerweile deutschlandweit und darüber hinaus bekannt und auch in anderen Stadtteilen von Halle haben die Ideen der Künstler*innen inzwischen ihre Spuren hinterlassen.



Das Künstlerhaus 188 erhalten und langfristig sichern

Bereits in der vorigen Wahlperiode hatte der Stadtrat mehrheitlich – gegen unsere Stimmen – zugunsten eines Stadtbahnprojektes im Bereich Böllberger Weg, den Abriss des Künstlerhauses 188 beschlossen. In den Folgejahren wurde auf verschiedenen Ebenen um den Erhalt des denkmalgeschützten ehemaligen Schulgebäudes gerungen, neue Initiativen dazu wurden im Stadtrat auf den Weg gebracht – vgl. Antrag [V/2014/12748](#). Zu unserer großen Freude wurde der Abriss im Sep-

tember 2015 schließlich durch eine Gerichtsentscheidung verboten. Unsere Fraktion hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass eine Nutzungskonzeption für das Künstlerhaus 188 – mit inhaltlicher Ausrichtung als Kunst-Kulturstätte – erarbeitet wird, welches auch wirtschaftlich auf soliden Füßen steht – vgl. Beschluss des Stadtrates zu Antrag [VI/2014/00445](#). Auch die dringend notwendige Sanierung des Knotens Böllberger Weg/Glauer-Straße/Torstraße ist inzwischen absehbar und soll nunmehr wahrscheinlich 2019/2020 als Stadtbahnprojekt realisiert werden.



Förderung von Kunst im öffentlichen Raum

Im Jahr 2015 haben wir das Thema eingebracht und konnten auch andere Fraktionen dafür gewinnen. Per fraktionsübergreifendem Antrag haben wir uns erfolgreich für eine städtische Richtlinie zur Förderung und Finanzierung von „Kunst im öffentlichen Raum“ eingesetzt – vgl. Antrag [VI/2015/00602](#). Seit 2017 stehen nun jährlich 25.000 Euro für entsprechende Projekte zur Verfügung. Über die Vergabe dieser kommunalen Mittel entscheidet der Stadtrat.

Für die kommenden Jahre gibt es eine Planung, welche Ideen umgesetzt werden sollen. Einen konkreten Vorschlag haben wir in diesem Zusammenhang auch selbst beigesteuert, der die Fassade des Stadthauses auf dem Markt betrifft. Bei der ohnehin demnächst vorgesehenen Sanierung der Fassade des denkmalgeschützten Gebäudes soll ein Wettbewerb realisiert werden, der eine innovative Gestaltungslösung im Bereich der Balkenfenster des Festsales zum Ziel hat – vgl. Antrag [VI/2018/03881](#). Die Stadtverwaltung befürwortet unseren Vorschlag.



Erheblich höheres Finanzbudget für die freie Kulturarbeit

Die angemessene Förderung der freien Kulturarbeit war unserer Fraktion auch in der aktuellen Wahlperiode wichtig. Erfreulicherweise konnte durch Initiative mehrerer Fraktionen der zur Verfügung stehende Etat für die Freie Szene, insbesondere in den Jahren 2017 und 2018 erheblich gesteigert werden. So konnte z. B. 2018 ein Betrag von ca. 920.000 Euro ausgereicht werden, während es zwei Jahre zuvor nicht einmal 170.000 Euro waren – vgl. Antragsinitiative [VI/2016/02496](#).

Leider nicht durchsetzen konnten wir die Einrichtung eines künstlerischen Beirates, der den Kulturausschuss des Stadtrates berät sowie die Anträge zur Förderung von künstlerischen Vorhaben sichtet und daraus resultierend den kommunalpolitischen Akteuren Förderempfehlungen ausspricht – vgl. Antrag [VI/2016/02516](#). Die antragstellenden Fraktionen konnten keine Mehrheit dafür erringen.



Soziale Stadt und Gesundheit

Der soziale Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft, die Unterstützung von Bürger*innen in Notlagen und die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung sind wichtige Aspekte grüner Kommunalpolitik. Auch in diesen Themenfeldern haben wir in der aktuellen Wahlperiode Akzente gesetzt.

Kinderarmut – Was kann Halle tun?

Halle belegt in den Statistiken zur Kinderarmut einen traurigen Spitzenplatz in Sachsen-Anhalt, ca. 1/3 der Kinder wachsen in Hartz-IV-Haushalten auf. Neben Bund und Land ist hier natürlich auch die Kommune gefragt, Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie den Ursachen und Folgen der Kinderarmut entgegengewirkt werden kann. Bereits im Februar 2015 hatte der Stadtrat ein Paket mit Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern verabschiedet. Deren Umsetzung erfolgte aus unserer Sicht allerdings nur unzureichend. Weiterhin waren für bestimmte Bedarfe noch keine Maßnahmen entwickelt worden.

Mit einem Antrag im Herbst 2017 haben wir eigene Vorschläge für zusätzliche Maßnahmen eingebracht, die sich den Folgen von Kinderarmut widmen – vgl. Antrag [VI/2017/03055](#). Konkret hat der Stadtrat auf unsere Initiative hin drei zusätzliche Personalstellen für die Aufgaben „Neugeborenenbegrüßung“, „Koordination und Organisation von Angeboten in Kitas zu kindgerechter Entwicklung, Ernährung und Gesundheitsförderung“ sowie „Elternberatung an der Schnittstelle Kita-Schule“ im Zusammenhang mit den Vorschuluntersuchungen geschaffen. Die Stadtverwaltung ist nun 2018 gehalten, die Stellen zu besetzen, um diese zusätzlichen Aufgaben angehen zu können.

Der Halle-Pass ist tot! Es lebe der Halle Pass!

Der Halle-Pass soll Bürger*innen der Stadt mit geringen finanziellen Möglichkeiten die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erleichtern bzw. ermöglichen. Dafür müssen er und das mit ihm verbundene Leistungsangebot bekannt und attraktiv sein. Dies ist jedoch derzeit nicht der Fall.

Ein erster punktueller Vorstoß, den Halle-Pass attraktiver zu machen, war unser Antrag mit der Forderung, Halle-Pass Inhaber*innen von der Jahresgebühr in der Stadtbibliothek zu befreien – vgl. Änderungs-Antrag [VI/2017/03366](#). Leider konnten wir dafür keine Mehrheit gewinnen.



Unser erneuter Anlauf, die Aufwertung des Halle-Passes grundsätzlich und ganzheitlich anzugehen, für den wir auch andere Fraktionen gewinnen konnten, mündete in einem gemeinsamen Antrag, der im Maistadtrat 2018 beschlossen wurde vgl. Antrag

[VI/2018/03855](#). Laut Antrag sollen die Änderungen ab dem Jahr 2019 greifen und für die Umsetzung sind zusätzliche finanzielle Mittel vorgesehen. Wir sind zuversichtlich, dass der Pass dann seine Funktion als Sozialpass tatsächlich auch wieder erfüllen kann.

Städtisches Tierheim gestärkt

Jahrelang wurden am Ende eines Haushaltsjahres nachträglich Mittel für den laufenden Betrieb des Tierheimes aufgebracht. Dabei hatte es keine höheren Ausgaben zu verzeichnen, sondern das angesetzte Budget in den Haushaltsplanungen entsprach grundsätzlich nicht den realistischen Kosten, die das Tierheim für die Umsetzung seines Auftrages aufbringen muss. Wir haben uns deshalb dafür eingesetzt, dass der bisherige Haushaltsansatz von 65.000 Euro auf 218.400 Euro erhöht wird. Dieses Budget entspricht nun den tatsächlichen jährlichen Ausgaben des Tierheimes.

Weiterhin wurden auf unsere Initiative hin Mittel im Investitionshaushalt 2018 zur Verfügung gestellt. Diese werden zum einen für die Erstellung eines Gutachtens zur Ermittlung des notwendigen Investitionsbedarfes,



zum anderen für die Errichtung einer Reptilienanlage genutzt – vgl. [VI/2017/03608](#).

Pflege als kommunales Thema ernst nehmen!

Pflege und Pflegebedürftigkeit sind wichtige gesellschaftliche Themen, die aktuell immer weiter an Bedeutung gewinnen. Nach Landesrecht sind kreisfreie Städte verpflichtet, regelmäßig eine Analyse der Pflegestruktur vor Ort vorzunehmen, die vollstationäre und teilstationäre Pflegeplätze ausweist und das Angebot an ambulanten Pflegediensten erfasst. Leider wurde dies in Halle nicht umgesetzt. Vor diesem Hintergrund haben wir 2016 im Stadtrat erfolgreich eine Beschlussfassung durchgesetzt, die die Erstellung eines Situationsberichtes mit einer Analyse der Pflegesituation vorsieht – vgl. Antrag [VI/2016/02323](#). Die Berichterstattung ist 2018 erstmalig erfolgt. Anders als die Stadtverwaltung sind wir der Auffassung, dass die Stadt Halle – selbst wenn sie über keine eigenen kommunalen Einrichtungen verfügt – auf Grundlage der erhobenen Kapazitäten in gewissem Umfang koordinierend auf die Pflegelandschaft einwirken kann. Beispielweise könnte die Stadt Baugrundstücke entsprechend ermittelter Bedarfe bereitstellen. Denkbar wäre auch die kommunale Unterstützung für ehrenamtliche Angebote und nachbarschaftliche Hilfenetze.



Wochenbettbetreuung durch Hebammen sichern

Nach der Geburt hat jede gesetzlich krankenversicherte Frau zwölf Wochen lang Anspruch auf die Unterstützung durch eine Hebamme, bei Bedarf auch bis zum Ende der Stillzeit. In den letzten Jahren sind die Geburtenzahlen in Halle erfreulicherweise gestiegen, allerdings gibt es nicht genügend Hebammen, um den Rechtsanspruch der Frauen auf Wochenbettbetreuung gewährleisten zu können. Langfristige und tragfähige Lösungen sind auf Bundes- und Landesebene zu schaffen. Dennoch sehen wir auch kommunale Handlungsmöglichkeiten, um die Versorgungslage stabil zu halten bzw. zu verbessern. Daher haben wir per Antragsinitiative Unterstützungsmaßnahmen für Hebammen vorgeschlagen, die Frauen im Wochenbett betreuen – vgl. Antrag [VI/2018/04163](#).

Etat für Drogen- und Suchtberatung erhöht – Ausbau der präventiven Drogen- und Suchtpolitik gesichert

Wir stehen für eine auskömmlich finanzierte Landschaft in der Drogen- und Suchtberatung, die den Veränderungen in der Praxis gerecht wird und Hilfsangebote für alle Bedarfgruppen vorhält. Daher haben wir uns 2016/17 erfolgreich für einen Aufwuchs beim Haushaltsansatz eingesetzt und konnten so die drei Beratungsstellen in Halle erhalten.

Mit der sich im Erstellungsprozess bis 2019 befindlichen Drogen- und Suchtkonzeption wollen wir eine langfristige Verstetigung und mehr Schlagkraft für eine präventive Drogen- und Suchtpolitik erreichen. Die seit 2018 eingerichtete Stelle der „Fachkraft für Suchtprävention“ unterstützt diesen Prozess.



Mehr öffentliche Toiletten

Nicht nur Gäste, die unsere Stadt besuchen, sondern auch für die Hallenser*innen ist ein ausreichendes Angebot an öffentlichen Toiletten wichtig. Aus unserer Sicht ist dieses bisher nicht vorhanden. Deshalb haben wir uns in der aktuellen Wahlperiode für öffentliche WC-Anlagen im Bereich des Wasserspielplatzes in Heide Süd und auf der Ziegelwiese (u.a. für die Nutzer des Badestrandes an der Saale) eingesetzt – vgl. Anträge [VI/2015/00526](#) + [VI/2017/02701](#). Beide Anlagen sind inzwischen saisonal in Betrieb. Auch für den Bereich der Würfelwiese halten wir eine Toilettenanlage für notwendig – vgl. Antrag [VI/2018/04165](#).



Gleichstellung, Weltoffenheit und Vielfalt



Städtepartnerschaften verbinden Menschen

Wenn sich Menschen direkt begegnen, schafft dies Verbindungen und überwindet Vorurteile. Wir haben uns für eine Richtlinie zur Förderung von Städtepartnerschaften eingesetzt und eine Mehrheit im Stadtrat für dieses Vorhaben gewinnen können ([VI/2015/01515](#)). Viele Projekte sind nun förderfähig, z. B. Schüler*innenaustausche und Bürger*innenreisen. Inzwischen liegt eine erste Auswertung vor, die zeigt, dass 2017 das jährliche Budget von 25.000 EUR nicht ausgeschöpft wurde. Hier gilt es noch genauer hinzusehen, woran das liegt. Darüber hinaus haben wir im Stadtrat die Mehrheit für eine erste Anpassung erhalten, die besonders die Unterstützung sozial benachteiligter Mitbürger*innen ermöglicht – vgl. ([VI/2018/04101](#)).

Soziokulturelle Projekte bereichern die Stadtgesellschaft

In der Diskussion um das Projekt Hafensstraße 7 haben wir nach Kräften versucht, zwischen den Fronten zu vermitteln. Mit verschiedenen Anträgen strebten wir eine Lösung für das soziokulturelle Projekt an. Leider sind diese an den Mehrheiten im Stadtrat gescheitert.

Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen umsetzen

Geschlechtergerechtigkeit ist für uns ein themenübergreifendes Anliegen. So haben wir zum Beispiel bei der Neugestaltung der Sportförderrichtlinie einen Änderungsantrag eingebracht, der den Stadträt*innen erstmals die Möglichkeit gibt, dieses Thema auch in die Vergabe von städtischen Fördermitteln an Sportvereine einzubeziehen ([VI/2018/03906](#)).

Wir setzen uns für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein und fordern deshalb mehr Jobsharing und Teilzeitmodelle in der Stadtverwaltung.

Dies haben wir bei der Beschlussfassung zum Zweiten Gleichstellungsaktionsplan 2016–2018 mit einem entsprechenden Änderungsantrag aufgegriffen ([VI/2016/02340](#)), der von der Stadtverwaltung übernommen wurde. Leider mangelt es bisher an der tatsächlichen Umsetzung. Stellenausschreibungen, in denen ergänzend Teilzeitarbeit angeboten wird, gibt es nur in sehr wenigen Ausnahmen.

Kinder, Jugendliche und Familien

Eine kinder- und familienfreundliche Stadt ist und bleibt ein Hauptziel grüner Kommunalpolitik. Ein standardisiertes Abprüfen in Beschlussvorlagen, ob eine kommunalpolitische Entscheidung als „familienverträglich“ eingestuft werden kann, reicht uns aber nicht.

Kinderrechte stärken

Bereits 2013 hatten wir uns im Stadtrat für einen Teilnahme am Projekt von UNICEF-Deutschland und dem Deutschen Kinderhilfswerk „Kinderfreundliche Kommune“ eingesetzt. Als teilnehmende Kommune bestand die Chance über einen Zeitraum von vier Jahren das Thema „Kinderfreundlichkeit“ in Halle in den Mittelpunkt zu rücken und dazu professionelle externe Unterstützung in Anspruch nehmen zu können – vgl. Antrag [V/2013/12014](#). Nachdem dies vor allem aus Kostengründen zunächst mehrheitlich abgelehnt wurde, haben wir 2017 gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen weiteren Versuch unternommen – vgl. Antrag [VI/2017/03288](#). Dieser war erfolgreich und die notwendigen Gelder in Höhe von 16.000 Euro jährlich wurden im Haushalt der Stadt eingeplant. Somit kann eine Bestandsanalyse erfolgen und ein Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen zusammen mit Kindern und Jugendlichen erarbeitet werden. Voraussetzung für ein Gelingen des Projektes ist allerdings auch eine Unterstützung durch die Verwaltungsspitze. Diese sieht die personellen Möglichkeiten im Rathaus derzeit als nicht ausreichend für die Aufgabe an, so dass sich der Projektstart bisher immer weiter verzögert hat.

Jugendparlament, Jugendbeirat – kommt da was?

Die Kolleg*innen von der Fraktion MitBürger für Halle-NEUES FORUM haben im Herbst 2017 im Stadtrat vorgeschlagen, ein Konzept für ein Jugendparlament oder einen Jugendbeirat für Halle zu erarbeiten, so dass ein solches Beteiligungsgremium bereits 2019 seine Tätigkeit aufnehmen könnte. Wir unterstützen diese Idee, ist sie doch – wenn sie gut umgesetzt wird – ein geeigneter Weg, jugendpolitischen Themen ein stärkeres Gewicht zu geben. So könnten beispielsweise Vorschläge direkt in die Stadtratsarbeit einfließen. Voraussetzung wird es allerdings sein, dass das neue Gremium von der Stadtverwaltung und dem Stadtrat kontinuierlich unterstützt wird.



Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit ist ein Schlüsselinstrument zur individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen. Sie wird derzeit über zwei Finanzierungsstränge gesichert: zum größten Teil über das Landesprogramm „Schulerfolg sichern!“ und zu einem kleinen Teil über kommunale Mittel.

Die erste Förderperiode des Landesprogrammes ist zum 31.07.2018 ausgelaufen. Die freien Träger der Jugendhilfe haben für die zweite Förderperiode insgesamt 51 Anträge auf Schulsozialarbeit gestellt. Bei Redaktionsschluss dieser Bilanz lag noch keine abschließende Entscheidung des Landes darüber vor, welche der Schulen auch in den kommenden Schuljahren Schulsozialarbeit über ESF-Mittel finanziert bekommen werden. Je nach Entscheidungsergebnis muss auf kommunaler Ebene geklärt werden, welche Schulen mit Bedarf städtische Mittel benötigen, weil sie keine Landesförderung erhalten. Wir setzen uns für ein angemessenes Angebot von Schulsozialarbeit an möglichst allen Schulen in Halle ein.

Kindertageseinrichtungen – Bedarfe und Kostenbeiträge

Betreuungsangebote in Kindertagesstätten und bei der Kindertagespflege sollten möglichst wohnortnah sein. Einmal im Jahr wird in den Stadtratsgremien der städtische Bedarfs- und Entwicklungsplanung hierzu diskutiert.

Unsere Fraktion hatte bereits 2013 durchgesetzt, dass der Planentwurf in jedem Fall noch im Vorjahr des Planungszeitraumes behandelt wird, diese Planung sozialraumbegzogen erfolgt und auch die Betreuungskapazitäten in der Kindertagespflege einbezogen werden – vgl. Antrag [V/2013/11855](#).

Im März 2017 hat der Stadtrat auf unseren Vorschlag hin festgelegt, dass künftig einrichtungsgenau mit Angaben zu Kapazitäten, Auslastungen und Fachpersonal geplant wird – vgl. Antrag [VI/2017/02879](#).

Kostenbeitrags erhöhungen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflegestellen gab es in der aktuellen Wahlperiode nicht. Intensiv und kontrovers diskutiert wurde allerdings das Thema der Entrichtung von Kostenbeiträgen für Zeiten der streikbedingten Schließung von Kindertageseinrichtungen. Wie die Verwaltungsspitze auch, haben wir uns für eine Reduzierung der Kostenbeiträge eingesetzt, wenn die Kindertageseinrichtungen bzw. Kindertagespflegestellen bei arbeitskampfbedingten Schließungen nicht genutzt werden kann und auch kein alternatives Betreuungsangebot unterbreitet werden konnte – vgl. Antrag [VI/2016/01783](#). Zusätzlich haben wir in diesem Zusammenhang Kostenbeitragsregelungen bei Schließungen von Einrichtungen aufgrund von Schadensereignissen thematisiert – vgl. Antrag [VI/2017/03591](#). Eine abschließende Entscheidung des Stadtrates dazu steht noch aus.





Neustart der HFC-Fanprojektarbeit in freier Trägerschaft

Anfang 2017 wurde durch eine überraschende Entscheidung der Verwaltungsspitze die Leitung des 2006 gegründeten Streetwork-Fanprojektes abgelöst. Dies verwunderte sehr, denn noch 2015 war es für die geleistete sozialpädagogische Arbeit vom Deutschen Fußballbund ausgezeichnet worden. Konsequenz der Entscheidung war die Einstellung der Finanzierung des Projektes durch den DFB in der Spielzeit 2017/2018. Gemeinsam mit anderen Stadtratsfraktionen haben wir uns erfolgreich für eine Fortsetzung eingesetzt – vgl. Anträge [VI/2017/03073](#) und [VI/2017/03457](#). Ziel war die Übertragung des Fan-Projektes an einen freien Träger und dessen Neustart ab Herbst 2018.

Der Schulweg – Elterntaxis sind keine Lösung!

Schulwegsicherheit war gleich mehrfach Gegenstand von Initiativen unserer Fraktion in der aktuellen Wahlperiode. Unsere Antragsinitiative im Jahr 2016 zielte darauf ab, dass Vorschläge entwickelt werden, wie die Verkehrssicherheit für Schüler*innen vor den Grundschulen weiter verbessert werden kann, z. B. durch die Schaffung von sicheren Berei-

chen an und vor den Schulen, in denen motorisierter Individualverkehr sowie das Parken und Halten zu Gunsten der Verkehrssicherheit – ggf. zeitlich – eingeschränkt ist – vgl. Antrag [VI/2016/02022](#).

Da für die Anordnung verkehrsorganisatorischer Maßnahmen ausschließlich die Stadtverwaltung zuständig ist, erfolgte keine Beschlussfassung zu unserem Antrag. Die Verwaltung hatte jedoch zugesagt, die Schulleiter*innen der Grundschulen zum Schuljahresbeginn 2016/17 anzuschreiben, um Informationen über aktuelle Probleme mit Hol- und Bringe-Vorgängen im unmittelbaren Schulbereich in Erfahrung zu bringen. Weiterhin sollten diese Probleme – auch unter Einbezug der Elternschaft – bearbeitet und besprochen werden. Eine tatsächliche Verbesserung wurde allerdings nur an einzelnen Schulen erreicht.

Das Thema weiter verfolgend, haben wir im Mai 2017 die Stadt beauftragt, ein Mobilitätsprojekt „Zu Fuß zur Schule“ für Schüler*innen der Grundschulen zu entwickeln und

sich mit diesem Projekt um eine Finanzierung, entsprechend der Möglichkeiten des Präventionsgesetzes, zu bewerben – vgl. Antrag [VI/2017/03056](#). Leider hat

der Stadtrat diesen Vorschlag nur sehr eingeschränkt und abgewandelt mitgetragen. Die Schulleitungen der kommunalen

Schulen wurden lediglich ab-

gefragt, ob sie sich eine Beteiligung ihrer Schule an solch einem Projekt vorstellen könnten. Wir kritisieren diese Vorgehensweise und halten sie für kontraproduktiv, da den Schulen die Chance genommen wurde, sich mit einer konkreten Projektkonzeption auseinandersetzen zu können. Hier wurde eine gute Chance vertan.



Sportförderung

Vom Hochwasser an Saale und den Nebenflüssen im Juni 2013 wurden auch diverse Sportanlagen in Halle betroffen. Einige Sportstätten wurden und werden dank umfangreicher Fluthilfemittel nun an hochwassersicherer Stelle neu errichtet. Zu nennen sind hier beispielsweise das geplante Nachwuchsleistungszentrum des HFC in der Karlsruher Allee, die Eissporthalle in der Selkestraße oder die neue Dreifelder-Sporthalle am Steg. Andere Einrichtungen verbleiben am Standort. Im Detail wurden bei Ersatzbauten oder Sanierungen hochwasserträglichere Lösungen angestrebt, beispielsweise für die Sportanlagen am Osendorfer See, die Sanitärgebäude an den Tennisplätzen auf der Peißnitz oder am Ruderkanal an den Passendorfer Wiesen.

Halles Sportinfrastruktur hat im Ergebnis der Hochwasserereignisse unserer Einschätzung nach also durchaus profitiert.

Wo bleibt die Sportstättenentwicklungsplanung?

Nach jahrelangen Diskussionen wurde im Juni 2016 endlich das Sportprogramm der Stadt Halle mit den sportpolitischen Leitsätzen beschlossen. Unserem Vorschlag, darauf aufbauend ein Sportentwicklungskonzept inklusive einer Sportstättenentwicklungsplanung für den Zeitraum 2017 bis 2021 zu erarbeiten und dieses alle vier Jahre fortzuschreiben, ist der Stadtrat zwar gefolgt – vgl. [Antrag VI/2016/01856](#), an der ernsthaften Umsetzung des Beschlusses durch die Stadtverwaltung fehlt es allerdings bisher.

Laufstrecken bekanntmachen!

Auf Antrag unserer Fraktion wurde im Herbst 2016 die Stadtverwaltung vom Stadtrat beauftragt, die Ausweisung von attraktiven Laufstrecken im Stadtgebiet zu verbessern – vgl. [Antrag VI/2016/01955](#). Dies ist inzwi-

schen erfolgt. Auf der städtischen Homepage finden sich nunmehr zahlreiche Laufstrecken per Karte und Höhenprofile sowie weitere Informationen zu Laufveranstaltungen und Lauf-Vereinen in Halle.

Alle Hallenbäder im Sommer dicht...

... aber muss das sein? Wir sind der Auffassung, dass in der Stadt auch während der Sommerzeit mindestens ein Hallenbad für Sport- und fitnessorientiertes Schwimmen geöffnet haben sollte. Notwendige Reinigungs- und Wartungsarbeiten in den Schwimmhallen könnten auch zeitversetzt durchgeführt werden. So würde für die Öffentlichkeit immer eine Halle zur Verfügung stehen. Im Februar 2016 ist der Stadtrat unserem Vorschlag insofern gefolgt, dass dazu nachfolgend eine Befragung und die Erstellung einer Kostenkalkulation in Auftrag gegeben wurde – vgl. [Antrag VI/2015/01189](#). Im Ergebnis ist je nach untersuchtem Szenario mit höheren Zuschusszahlungen an die Bäder

Halle GmbH zu rechnen. Kalkuliert wurde ein Betrag in Höhe von ca. 87.000 Euro pro Jahr. Noch wurde der Bäderfinanzierungsvertrag nicht angepasst, wir halten diesen Vorschlag weiterhin für sinnvoll.

Ungenutzten Basketballplatz reaktivieren!

Seit Jahren befindet sich in der Nähe der Berufsschule für Gesundheit, Körperpflege und Sozialpädagogik am Standort Weidenplan ein brach liegender Ballspielplatz. Auf Antrag unserer Fraktion hat die Stadtverwaltung geprüft, ob dieser Basketballplatz für eine öffentliche Nutzung wieder hergerichtet werden kann – vgl. Antrag [VI/2016/02009](#). Die Stadtverwaltung hat dies geprüft und festgestellt, dass für eine Reaktivierung 100.000 Euro notwendig wären. Leider sehen Stadtverwaltung und Stadtratsmehrheit den Bedarf für eine solche Freizeitsportanlage im Innenstadtbereich nicht so vorrangig an wie wir. Gerade Basketballplätze gibt es in der Stadt bisher zu wenige und für eine Finanzierung ließen sich bei entsprechendem politischem Willen auch Fördermittel akquirieren.



Bolzplätze am Sandanger als Freizeitsportflächen erhalten!

Die Stadt Halle hat für das neue Nachwuchsleistungszentrum des Halleschen Fußballclubs im Stadtteil Silberhöhe im Januar 2018 insgesamt 11,3 Mio. Euro an Fluthilfegeldern zugesagt bekommen. Die Mittel für den Ersatzneubau stammen aus dem Hochwasser-Aufbauhilfefonds, der 2013 mit Unterstützung von EU, Bund und Land aufgelegt wurde. Bevor der HFC das Gelände am Sandanger nach Fertigstellung der neuen Anlagen in ein paar Jahren verlässt, sollte die Nachfolgenutzung geklärt werden. Entsprechend dem städtischen Wassertourismuskonzept ist vorgesehen, einen Teil der Flächen künftig als Camping- und Caravanplatz zu nutzen, wobei dies ohne feste Bebauungen geschehen soll, um den Bereich als Retentionsfläche nutzen zu können. Auf Antrag unserer Fraktion hat der Stadtrat zusätzlich befürwortet, dass die bestehenden Naturrasenfußballplätze ganz oder teilweise für den Freizeitsport als öffentlich frei zugängliche Sportplätze genutzt werden können – vgl. Antrag [VI/2015/01188](#). Der Bedarf dafür ist vorhanden.



Haushalts- und Wirtschaftspolitik



In den Haushaltsberatungen haben wir stets für die Finanzierung unserer Vorschläge gerungen und gemeinsam mit den anderen Fraktionen tragfähige Kompromisse erzielt. Natürlich sind nicht alle Ausgabewünsche finanzierbar. Positiv ist anzumerken, dass der Haushalt stets im laufenden Jahr für das Folgejahr verabschiedet und dann meist zeitnah von der Kommunalaufsicht bestätigt wurde. Dies war in der vorhergehenden Wahlperiode meist nicht der Fall.

Einzelhandel

Um als Stadt den Einzelhandel besser steuern und Fehlentwicklungen vermeiden zu können, hat der Stadtrat ein sogenanntes Einzelhandels- und Zentrenkonzept beschlossen. Dieses legt Einzelhandelskapazitäten (angegeben in Verkaufsflächen) fest. Leider wurde

dieses Konzept aus unserer Sicht viel zu oft ignoriert oder sehr weit ausgelegt. Die angekündigte Fortschreibung und Aktualisierung ist daher dringend nötig und wurde in dieser Wahlperiode vor allem auch auf unser Drängen hin begonnen.

Gewerbegebiete

Nach jahrelangen Bemühungen ist es gelungen, den Star Park mit neuen Gewerbeansiedlungen zu füllen. Aber nur ein Teil der Unternehmen ist dem produzierenden Gewerbe zuzurechnen, für das im Star Park eine aufwendige und teure Infrastruktur vorgehalten wird. Diese wird von Logistikunternehmen nicht benötigt. Vor diesem Hintergrund sehen wir die Ankündigung der Stadtverwaltung kritisch, nun neue Gewerbegebiete ausweisen zu wollen. Dies gilt insbesondere dann, wenn damit – wie im Falle von Tornau – die Versiegelung von wertvollen landwirtschaftlichen Flächen verbunden ist.

Wirtschaftsförderungskonzept

In der aktuellen Wahlperiode hat der Stadtrat das Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt verabschiedet. Eine detaillierte Evaluierung steht nach wie vor aus. Jenseits davon findet Wirtschaftsförderung in Halle vor allem über die städtischen Unternehmen statt, auf die der Stadtrat nur begrenzt und unter der Maßgabe der Verschwiegenheit Einfluss hat.

Tourismus

Der Stadt fehlt ein Tourismuskonzept. Wir brauchen einen Fahrplan für eine nachhaltige Entwicklung des Tourismus und dieser sollte nach unserer Auffassung sanft und naturnah sein.

Im Rahmen der Erstellung des Tourismuskonzeptes müssen Bedarfe ermittelt und auf deren Basis Maßnahmen entwickelt werden. Das Fehlen eines solchen Konzeptes haben wir mehrmals kritisiert und seine Erstellung eingefordert ([VI/2018/03719](#)).

Breitbandversorgung

Bei der Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit schnellem Internet gibt es in Halle immer noch Aufholbedarf. Wir haben hierzu im zuständigen Ausschuss mehrmals nach dem aktuellen Stand der Ausbaubemühungen gefragt. Aktuell beteiligt sich die Stadt an einem Förderprogramm des Landes, das auf eine Beseitigung der „weißen Flecken“ hoffen lässt.

Fairtrade-Town

Die Stadt hat sich, einem gemeinsamen Antrag mit SPD und DIE LINKE folgend ([V/2014/12794](#)), um den Titel „Fairtrade Town“ beworben und diesen erhalten. Hier geht unserer Meinung nach noch viel mehr! Die Stadt sollte Vorreiterin bei der Beschaffung sein, z. B. bei Dienstkleidung. Dazu gibt es in der Verwaltung inzwischen eine geförderte Personalstelle, die innerhalb der Verwaltung ein Beschaffungskonzept entwickeln soll. Auch die städtischen Unternehmen müssen hier künftig stärker in die Pflicht genommen werden.



IMPRESSUM

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Marktplatz 2 (1. Obergeschoss) | 06108 Halle (Saale)
Telefon: 0345 - 221-3057 | Fax: -3068
gruene-fraktion@halle.de | www.gruene-fraktion-halle.de
V. i. S. d. P.: Dr. Inés Brock, Fraktionsvorsitzende | Stand: 31.10.2018

